

Nach langer Fahrt, wir mußten Flüchtlinge in Landshut, München und Nürnberg abholen, erreichten wir gegen 20:30 Uhr unser Hotel wo wir unsere Zimmer bezogen. Anschließend ging es zum Abendessen und danach war Freizeit.

Dabei hatte ich die Gelegenheit mich mit einigen Flüchtlingen zu unterhalten und mir Ihre Probleme erklären zu lassen wie:

Unterbringung in den einzelnen Lagern – Mehrbettzimmer in denen Flüchtlinge (Männer/Frauen/Familien) unterschiedlicher Nationalität auf engstem Raum über einen längeren Zeitraum zusammen leben müssen, was zwangsläufig auch zu Konflikten führt,

die hygienischen Verhältnisse – wie Sammelduschen und Toiletten,

Essenspakete – Sie können nicht selbst einkaufen gehen – Sie bekommen einmal im Monat eine Liste von Nahrungsmitteln und danach können Sie Ihre Lebensmittel bestellen,

Residenzpflicht - Die Residenzpflicht ist eine Auflage für in Deutschland lebende Ausländer, insbesondere für Asylbewerber und Geduldete. Sie verpflichtet die Betroffenen, sich nur in dem von der zuständigen Behörde festgelegten Bereich aufzuhalten, d. h. es ist kein Aufenthalt in einer anderen Stadt möglich ohne vorherige Genehmigung von Seiten der Behörden,

Taschengeld sind 40 Euro pro Monat für jeden Flüchtling,

die Arbeitserlaubnis wird erst nach 1 Jahr Aufenthalt in Deutschland genehmigt, vorher können die Flüchtlinge überhaupt nicht arbeiten,

Schwierigkeiten beim Ausfüllen von Anträgen bzw. Arbeitsvermittlungen und was beim Großteil der Flüchtlinge bemängelt wurde „das Angebot für Deutschkurse“. Ohne ausreichende Deutschkenntnisse sind die Flüchtlinge nicht in der Lage in Deutschland „Fuß“ zu fassen. Die Flüchtlinge bekommen keinen Deutschkurs angeboten, Sie müssen sich die deutsche Sprache selbst beibringen bzw. lernen, was sich bei den meisten als sehr schwierig herausstellte.

Am nächsten Tag Donnerstag hatten wir eine dreistündige Stadtrundfahrt mit Reiseleiterin, die uns zu allen wichtigen politischen Sehenswürdigkeiten Berlins u. a. auch zum „Denkmal der ermordeten Juden Europas“ begleitete.

Anschließend fand eine Diskussion mit den Linken Abgeordneten Kornelia Möller, Ulla Jelpke (MdB) und Josef Winkler - Sprecher für Flüchtlingspolitik der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen sowie Herrn Hakan Tas, im Sitzungssaal der Linken-Fraktion im Deutschen Bundestag statt.

Eingeladen waren alle wichtigen Fraktionen wie SPD und CDU/CSU. Diese ließen sich alle kurzfristig entschuldigen.

Im Vorfeld wurde mit einigen Flüchtlingen die einzelnen Fragen und Problemen, die in den verschiedenen Lagern herrschen besprochen und so hatten 8 Flüchtlinge – Frauen und Männer – die Gelegenheit einzeln Ihre Forderungen (siehe die oben genannten Punkte) an die Bundestagsabgeordneten zu stellen.

(www.kornelia-moeller.de)

Mein Eindruck als neutrale Teilnehmerin war, dass alle Politiker von der Situation und Problemen der Flüchtlinge wissen, aber aufgrund der momentanen Politik nichts dagegegen tun können.

Es wurde zugesichert, daß die „Linke Partei“ ein Antrag bzw. Konsens an die jetzige Bundesregierung starten will, was auch die Abschaffung bzw. die Aussetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes beinhalten soll.

Anschließend fand ein Fototermin und Besichtigung der Dachterrasse im Reichstags-Gebäude statt.

Nach dem Abendessen lud uns Frau Möller noch zu einem gemeinsamen Abend im Karl-Liebknecht-Haus (Haus der Linken-Fraktion) ein. Hier konnten die Flüchtlinge nochmals Ihre Sorgen und Probleme eingehend mit ihr diskutieren und erklären.

Als Teilnehmerin hatte ich auch die Möglichkeit mich mit einzelnen Frauen und Mädchen der Flüchtlinge über Ihre ganz speziellen Probleme zu unterhalten (diese sind sehr privat und daher möchte ich auch nicht näher darauf eingehen).

Am Freitag hatten wir ein Info-Gespräch im Bundesministerium für Soziales und Familie, wo ein Vertreter des Ministeriums die Fragen der einzelnen Flüchtlinge nochmals beantwortete.

Konsens ist: Das Asylbewerberleistungsgesetz wird vom Bundesverfassungsgericht in den nächsten 2 Jahren geändert, da es gegen die Verfassungswidrigkeit der Menschenrechte in Deutschland verstößt. Außerdem soll mit allen 16 Bundesländern ein Konzept erarbeitet werden, zugunsten der Flüchtlinge.

Im Programm waren noch eine Spreefahrt durch Berlin, bevor wir uns alle am Samstag auf die lange Heimfahrt machten.

Zum Schluß möchte ich sagen, auch durch die Gespräche die ich führen konnte, dass alle aktiven Flüchtlingsverbände bzw. -gruppen erreichen, dass die Öffentlichkeit mehr über die Probleme bzw. Anliegen der Flüchtlinge erfahren sollten, weil ich glaube, dass viele von den Problemen der Flüchtlinge im detaillierten gar nichts wissen.

Fazit ist: Es müßte mehr Aufklärungsarbeit geleistet werden.

Gabriele Werle